

1 **A-103/II/2017**2 **Kreis Mitte**3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

4

5 **Gute Voraussetzungen schaffen für eine wachsende**
6 **Stadt**7 Berlin ist eine wachsende Stadt. Wir wollen diese wach-
8 sende Stadt gestalten. Neben der Riesen-Aufgabe, ge-
9 nügend zusätzlichen Wohnraum für alle Berlinerinnen
10 und Berliner zu bauen, müssen wir auch die Vorausset-
11 zungen verbessern, unsere Infrastruktur entsprechend
12 zu gestalten und auszubauen.13 Dabei erkennen wir an, dass die Erweiterung der In-
14 frastruktur in vielen Bereichen sehr kurzfristig erfolgen
15 muss. Gerade im Schulbau ist es wichtig, schnell etwas
16 zu verändern. Die hierfür diskutierten und gefunden Lö-
17 sungen wollen wir nicht verändern. Wir müssen jedoch
18 langfristig eine Perspektive dafür finden, dass die öf-
19 fentliche Verwaltung wieder selbst in der Lage ist, die
20 öffentliche Infrastruktur zu planen und zu bauen.21 **Wir fordern**22 1. Investitionen in Infrastruktur müssen auch über öf-
23 fentliche Schulden finanzierbar sein. Eine Übertra-
24 gung der Aufgabe auf privatrechtlich organisier-
25 te Unternehmen muss eine kurzfristige Ausnahme
26 bleiben. Wir setzen uns für die Abschaffung der
27 Schuldenbremse auf Bundesebene ein.28 2. Wir setzen uns für die Verbesserung der Arbeitsbe-
29 dingungen im öffentlichen Dienst ein. Die Arbeits-
30 bedingungen im gesamten öffentlichen Dienst
31 müssen so ausgestaltet werden, dass es möglich ist,
32 ausreichend qualifiziertes Personal für die öffentli-
33 che Verwaltung zu finden.34 3. Um Flächen für öffentliche Infrastruktur-Projekte
35 zur Verfügung zu haben, werden wir keine öf-
36 fentlichen Flächen mehr an private Investoren für
37 Privatprojekte verkaufen, wenn diese für öffent-
38 liche Infrastruktur-Projekte geeignet sind. Außer-
39 dem werden wir kontinuierlich prüfen, ob es mög-
40 lich ist, privatisierte Flächen zurückzukaufen, um
41 sie öffentlichen Nutzungen zuzuführen. Wir wer-
42 den uns dafür einsetzen, dass es unter bestimm-
43 ten Umständen leichter wird, private Eigentümer
44 zu enteignen.45 4. Wir bitten den Senat, zu überprüfen, welche aktuell
46 privatrechtlich durchgeführten Aufgaben langfris-
47 tig wieder direkt vom Staat wahrgenommen wer-
48 den können. Weitere Organisationsprivatisierun-
49 gen lehnen wir ab.50 **Begründung**51 Berlin wächst. Die Prognosen deuten klar darauf hin,
52 dass Berlin auch weiterhin einen Bevölkerungszuwachs
53 verzeichnet. Zwar sind Bevölkerungsprognosen immer
54 auch mit einer gewissen Unsicherheit verbunden, je-
55 doch können wir kaum davon ausgehen, dass der Be-
56 völkerungszuwachs abbricht. Wir wollen das auch gar
57 nicht. Denn Berlin wächst, weil es eine attraktive Stadt
58 ist, die trotz aller Unkenrufen viele Leute anzieht. Wenn
59 wir wollen, dass wir auch noch in 10 oder 15 Jahren eine**Annahme in der Fassung der Antragskommission (Kein
Konsens)**Berlin ist eine wachsende Stadt. Wir wollen diese
wachsende Stadt gestalten. Neben der Riesen-Aufgabe,
genügend zusätzlichen Wohnraum für alle Berline-
rinnen und Berliner zu bauen, müssen wir auch die
Voraussetzungen verbessern, unsere Infrastruktur
entsprechend zu gestalten und auszubauen.Dabei erkennen wir an, dass die Erweiterung der In-
frastruktur in vielen Bereichen sehr kurzfristig erfolgen
muss. Gerade im Schulbau ist es wichtig, schnell etwas
zu verändern. Die hierfür diskutierten und gefunden Lö-
sungen wollen wir nicht verändern. Wir müssen jedoch
langfristig eine Perspektive dafür finden, dass die öf-
fentliche Verwaltung wieder selbst in der Lage ist, die
öffentliche Infrastruktur zu planen und zu bauen.**Wir fordern**1. Investitionen in Infrastruktur müssen auch über öf-
fentliche Schulden finanzierbar sein. Eine Übertra-
gung der Aufgabe auf privatrechtlich organisier-
te Unternehmen muss eine kurzfristige Ausnahme
bleiben. Wir setzen uns für eine Modifizierung der
Schuldenbremse auf Bundesebene ein.2. Wir setzen uns für die Verbesserung der Organisa-
tion und der Arbeitsbedingungen im öffentlichen
Dienst ein. Die Arbeitsbedingungen im gesamten
öffentlichen Dienst müssen so ausgestaltet wer-
den, dass es möglich ist, ausreichend qualifiziertes
Personal für die öffentliche Verwaltung zu finden.3. Um Flächen für öffentliche Infrastruktur-Projekte
zur Verfügung zu haben, werden wir keine öf-
fentlichen Flächen mehr an private Investoren für
Privatprojekte verkaufen, wenn diese für öffent-
liche Infrastruktur-Projekte geeignet sind. Außer-
dem werden wir kontinuierlich prüfen, ob es mög-
lich ist, privatisierte Flächen zurückzukaufen, um
sie öffentlichen Nutzungen zuzuführen. Wir wer-
den uns dafür einsetzen, dass es unter bestimm-
ten Umständen leichter wird, private Eigentümer
zu enteignen.4. Wir bitten den Senat, zu überprüfen, welche aktuell
privatrechtlich durchgeführten Aufgaben langfris-
tig wieder direkt vom Staat wahrgenommen wer-
den können. Weitere Organisationsprivatisierun-
gen lehnen wir ab.

1 attraktive Stadt sind, dann ist es unabdingbar, dass wir
2 jetzt in unsere Infrastruktur investieren.

3 Unsere Kitas und insbesondere die Schulen können mit
4 dem Anstieg der Bevölkerungszahlen nicht mithalten.
5 Schon jetzt fehlt es an vielen Stellen an Parametern, die
6 einen qualitativ hochwertigen (Aus-)Bildungsprozess
7 gewährleisten. Neben dem fehlenden Personal und ei-
8 ner flächendeckenden angemessenen Ausstattung sind
9 das v.a. die dringend notwendigen Schulsanierungen
10 und -neubauten. Aber auch unsere Gärten und Parks
11 sind groß, aber werden kaum mit der Bevölkerung “mit-
12 wachsen” können. Ausbau und Erhalt von Grün- und
13 Freizeitflächen wird daher umso wichtiger. Auch Ge-
14 bäude für soziale Projekte, Pflegeheime und vieles wei-
15 tere wird knapp.

16 Hierauf müssen wir kurzfristig reagieren. Wir erkennen
17 an, dass auf Landes- und Bezirksebene gerade Lösun-
18 gen gefunden werden müssen, die es kurzfristig ermög-
19 lichen, ausreichend Gebäude – insbesondere für Schu-
20 len – zu bauen. Mag eine Übertragung dieser Aufgabe
21 auf eine Tochter der HoWoGe kurzfristig unausweich-
22 lich sein, so müssen wir schon jetzt die Weichen dafür
23 stellen, dass solche Konstruktionen keine Dauerlösung
24 werden.

25 **Zu 1.:**

26 Es ist normal und unproblematisch, dass Investitionen
27 in Infrastruktur über Kredite finanziert werden. Das ist
28 sinnvoll, weil ausbleibende Investitionen letztlich für
29 die öffentliche Hand teurer sind als Kreditzahlungen.
30 Die Übertragung der Aufgabe auf Tochtergesellschaften
31 von staatlichen Unternehmen dient u.a. dazu, dass
32 die Kredite nicht in den Haushalten auftauchen. Das ist
33 letztlich eine überflüssige Konstruktion.

34 **Zu 2.:**

35 Aktuell ist die Berliner Verwaltung zum Teil nicht in
36 der Lage, notwendige und finanzierte Vorhaben umzu-
37 setzen, weil das dafür notwendige Fachpersonal (insb.
38 Ingenieur*innen und Architekt*innen) fehlt. Sie finden
39 im Bund, in anderen Bundesländern und in der Privat-
40 wirtschaft bessere Arbeitsbedingungen. Es ist keine an-
41 gemessene Reaktion, nun das entsprechende Personal
42 über privatrechtlich organisierte Gesellschaften in öf-
43 fentlichem Eigentum zu rekrutieren, weil man dann
44 nicht mehr an den Tarifvertrag gebunden ist. Es zeigt
45 vielmehr, dass der Tarifvertrag verbessert werden muss.

46 **Zu 3.:**

47 Wir haben Bedarf für neue Flächen und Gebäude in
48 fast allen Lebensbereichen. Ob Gebäude für öffentli-
49 che Nutzungen oder Erholungsgebäude: wir brauchen
50 Platz. Deshalb müssen wir den öffentlichen Raum hal-
51 ten bzw. ausbauen und zwar auch dann, wenn wir dann
52 im Einzelfall auf einen kurzfristig hohen Gewinn ver-
53 zichten müssen.

54 **Zu 4.:**

55 In der öffentlichen Debatte wird Kritiker*innen von
56 Organisationsprivatisierungen oft entgegen gehalten:
57 “Beruhig dich, der Staat bleibt Eigentümer.” Das ist rich-
58 tigt, dennoch ist dieser Vorgang nicht unproblematisch.

1 Warum wird er denn durchgeführt? In der Regel, weil
2 diese privatrechtlich organisierten Akteure nicht den
3 Bindungen unterliegen, denen der Staat unterliegt. Sie
4 können "flexibler agieren" oder "effizienter arbeiten".
5 Aber wenn die Bindungen des Staates so bremsend wir-
6 ken, warum schaffen wir sie nicht ganz ab?
7 Der Grund liegt darin, dass fast alle "bremsenden" Ver-
8 fahren letztlich der demokratischen Legitimation die-
9 nen. Das gilt vor allem für Beteiligungsrechte des Par-
10 laments. Es gilt aber auch für die hierarchische Steue-
11 rung der Verwaltung. Die demokratische Legitimierung
12 innerhalb der Verwaltung wird durch klare Weisungs-
13 rechte hergestellt. Eine privatrechtlich organisierte Ge-
14 sellschaft unterliegt jedoch keinem Weisungsrecht ih-
15 res Eigentümers, dem Staat. Vielmehr gibt es meistens
16 nur Kontrollrechte, zum Beispiel durch den Aufsichtsrat,
17 die aber nicht so "engmaschig" sind, wie in einer Behör-
18 de.